

Alle streben in die WTO:

Doch der Preis ist hoch

Uwe Hoering, November 2005

Mit mehr als 30 Ländern, von Afghanistan über Russland bis Vietnam und Yemen, führt die WTO gegenwärtig Beitrittsverhandlungen – ein höchst „unfairer Prozess“, wie Oxfam International meint, weil er die Kandidaten gegenüber den Mitgliedern benachteiligt. Gleichzeitig trägt er dazu bei, weitergehende Liberalisierungsverpflichtungen festzulegen („WTO-plus“).

Zahlreiche, insbesondere ehemals sozialistische Länder, wurden bei der Bildung der WTO 1995 nicht automatisch Mitglieder. Vom Beitritt erhoffen sie sich unter anderem bessere Exportmöglichkeiten, mehr ausländische Investoren und durch das Streitschlichtungsverfahren Schutz gegen willkürliche Strafmaßnahmen, wie sie zum Beispiel die USA im Sommer 2003 gegen Vietnams Fisch- und Garnelenimporte verhängte. Doch der Preis dafür ist hoch.

Aufnahmeprüfung

Zum einen muss jeder Beitrittskandidat gegenüber einer „Working Party“, in der etwa im Falle Vietnams 40 WTO-Mitgliedsländer vertreten sind, überzeugend darlegen, wie er die bestehenden WTO-Regelungen zum Abbau von Zöllen, Quoten, Tarifen und Subventionen, zu Patentrecht (TRIPS) und ausländischen Investitionsmöglichkeiten (TRIMS) oder zu Gesundheitsschutzmaßnahmen (Sanitary and Phytosanitary Measures, SPS) umzusetzen gedenkt.

Dafür müssen die Kandidaten Informationen über Handel und Rechtssystem offen legen, Behörden und Institutionen reformieren oder neu aufbauen und zahlreiche Gesetze an die WTO-Anforderungen anpassen. „Immerhin beschleunigen die Verhandlungen notwendige Reformen“, versucht Le Viet Thai vom staatlichen Zentralinstitut für Wirtschaftsführung in Hanoi dem Verfahren eine positive Seite abzugewinnen.

Parallel dazu kann jedes Mitglied der Arbeitsgruppe bilateral eigene Forderungen nach Abbau von Handels- oder Investitionsbeschränkungen vorbringen, die dann automatisch für alle WTO-Mitglieder gelten. Da der Beschluss des Aufnahmekomitees, der der WTO-Generalversammlung zur Entscheidung vorgelegt wird, einstimmig erfolgen muss, hat jedes Land ein Veto-Recht und kann die Verhandlungen blockieren bzw. Druck auf die Kandidaten ausüben. Zudem dringt über Forderungen und Zugeständnisse wenig nach außen.

Beispiel Vietnam

Bereits Anfang 1995 beantragte Vietnam die Aufnahme in die gerade gegründete WTO. Doch die Verhandlungen erwiesen sich als schwierig. Die Hoffnung, sie bis zum Auslaufen des Textilabkommens Anfang 2005 oder wenigstens bis zur WTO-Ministerkonferenz Mitte Dezember in Hongkong abzuschließen, zerschlug sich.

Nach dem Vorbild der südostasiatischen „Tigerstaaten“ versucht Vietnam seit Ende der 1980er Jahre, durch eine schrittweise wirtschaftliche Liberalisierung, Schutz gegen Importe und staatliche Unterstützung Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren und international konkurrenzfähig zu machen. „In vielen Bereichen haben wir heute mehr Markt als zum Beispiel Malaysia“, versichert Le Viet Thai. Trotz hoher Wachstumsraten und erheblicher Exporterfolge, insbesondere mit Kaffee, Reis, Textilien, Lederwaren und Fisch, ist die Wirtschaft nach wie vor stark vom Agrarsektor geprägt. Gegenüber Anfang der 1990er Jahre wurde die Armutsrate auf 29 Prozent (2002) halbiert. Dennoch gehört das Land mit einem durchschnittlichen Prokopf-Bruttosozialprodukt von 435 US-Dollar immer noch zu den ärmeren und hochverschuldeten Entwicklungsländern.

Inzwischen sind die bilateralen Verhandlungen mit den meisten Ländern abgeschlossen. Die EU gehörte zu den ersten, die sich mit Vietnam einigte. US-Diplomaten unken allerdings, dass sie „uns die schmutzige Arbeit überliess“, weitergehende Zugeständnisse durchzusetzen. Die USA sind inzwischen wesentlich für die Verzögerungen verantwortlich. Aber auch die EU hat im Sommer auf Drängen der europäischen Hersteller mit einer „Dumping“-Klage gegen Schuhimporte aus Vietnam neue Hindernisse für die Verhandlungen aufgebaut.

Zugeständnisse

Ausgangspunkt der Verhandlungen war unter anderem das bilaterale Handelsabkommen mit den USA von 2002. Darin verankert sind bereits Verpflichtungen, die etwa bei Medikamenten weit über das TRIPs-Abkommen hinausgehen, und einseitige Möglichkeiten für die USA, unter Berufung auf den Status Vietnams als „nicht-marktwirtschaftliche Ökonomie“ Importe aus Vietnam zu blockieren.

In den Verhandlungen mit der „Working group“ und einzelnen Mitgliedern hat Vietnam bislang unter anderem angeboten:

- Eine rasche, weitgehende Öffnung für ausländische Unternehmen bei Dienstleistungen (u.a. Gesundheit, Bildung, Telekom und Umweltdienstleistungen) und Verarbeitungsprodukten,
- Einen Abbau von Importhürden für Agrarprodukte. Mit durchschnittlich 25,3 Prozent würden die Tarife mehr als 10 Prozent niedriger liegen als bei wichtigen Agrarkonkurrenten wie Thailand und Philippinen.

- Akzeptiert wurden zudem geringere Schutzmöglichkeiten gegen einen abrupten Preisverfall durch Importe wie Tariff Rate Quotas (TRQ) oder Special Safeguards (SSG), wie sie etwa für China und andere WTO-Mitglieder gelten.
- Beschränkungen für ausländische Investoren für eine Beteiligung an einheimischen Unternehmen, die Verpflichtung, einheimische Zulieferer zu berücksichtigen oder einen festgelegten Anteil der Produktion zu exportieren, sollen weitgehend fallen.

Verhandelt wird weiterhin unter anderem über das Aufbrechen der Staatshandelsunternehmen, eine weitere Verringerung von Importquoten und des durchschnittlichen Importtarifs für Industrieprodukte von 17 Prozent. Außerdem sollen für Vietnam weitaus kürzere Anpassungsfristen an bestehende WTO-Regelungen gelten, als sie für Mitglieder bestehen.

WTO-plus

Die Zugeständnisse Vietnams setzen gleichzeitig neue WTO-plus-Standards, die wiederum Richtschnur für die Verhandlungen mit anderen Kandidaten in der Warteschlange sind. Die Aufnahmeverhandlungen erweisen sich damit als ein wirksames Instrument, um Liberalisierungsverpflichtungen generell auszuweiten.

Im September appellierte der Vize-Handelsminister und Verhandlungsführer Vietnams, Luong Van Tu, an „einige WTO-Mitglieder“, Vietnam „nicht zu zwingen, sich WTO-plus-Verpflichtungen oder Doppelstandards zu unterwerfen, denen die Wirtschaft nicht gewachsen ist“. Nichtregierungsorganisationen wie Oxfam International befürchten, dass Vietnam in den bisherigen Verhandlungen bereits Zugeständnis machen musste, die die weitere Entwicklung beeinträchtigen. So würden die niedrigen Einfuhrhürden die kleinbäuerliche Landwirtschaft und einheimische Kleinbetriebe, die bereits unter erheblicher Konkurrenz etwa durch China leiden, bedrohen. Verstärkt würden diese Auswirkungen durch die Forderung nach einem raschen Abbau von Agrarsubventionen, die gegenwärtig gezielt eingesetzt werden, um die Landwirtschaft in ärmeren Regionen zu unterstützen. So musste sich Vietnam verpflichten, die Unterstützung für Kaffee umgehend, für andere Agrarprodukte binnen drei Jahren nach WTO-Beitritt abzubauen. Die Beitrittsbedingungen, so Oxfam International, könnten damit die „positiven Folgen“ durch die Beteiligung am internationalen Handel unterminieren und insbesondere die Erfolge bei der Armutsminderung gefährden, vor allem, wenn sie noch weiter verschärft würden.¹

Reformbedarf

Dass die Beitrittskandidaten schlechtere Bedingungen akzeptieren müssen als WTO-Mitglieder, ist für Oxfam International eine Folge des „un-

¹ Aus Furcht vor negativen Auswirkungen und übermäßigen Belastungen hat Vanuatu 2001 die Beitrittsverhandlungen abgebrochen, siehe dazu Oxfam Briefing Paper 79

fairen Verfahrens“ und des Ungleichgewichts zwischen den Verhandlungspartnern. Notwendig seien daher „klare Richtlinien über Rechte und Pflichten der neuen Mitglieder auf der Grundlage objektiver Entwicklungsindikatoren“. Grundsätzlich sollten für sie die selben Verpflichtungen aber auch die selben Schutzmöglichkeiten gelten wie für vergleichbare WTO-Mitglieder. Das gilt insbesondere für den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer besonderen Entwicklungsbelange (Special and Differential Treatment), auf angemessene Anpassungsfristen und auf Ausnahmeregelungen, wie sie für Entwicklungsländer in der WTO gelten. „Der Prozess sollte so angelegt sein, dass das Beitrittsabkommen die Entwicklungsbedürfnisse reflektiert und das Recht anerkennt, Handel als Mittel für die Unterstützung des eigenen Entwicklungsweges zu nutzen“ (Oxfam Briefing Paper 79, 27).

(8.400 Zeichen)

Hinweise:

Oxfam International, *Do as I say, not as I do. The unfair terms of Viet Nam's entry to the WTO* (Oxfam Briefing Paper 74, May 2005)

Oxfam International, *Make extortion history. The case for development-friendly WTO accession for the world's poorest countries*, (Oxfam Briefing Paper 79, October 2005)

Beide als Download auf www.oxfam.org/eng/policy_paper.htm

Erschienen in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 11/November 2005